



# Amtsgericht Heilbronn stellt Verfahren wegen Volksverhetzung gegen Michael Mannheimer ein



Im April 2011 rief der Publizist Michael Mannheimer (Foto) zum allgemeinen Widerstand nach Art 20 Abs gegen die Islamisierung Deutschlands auf. Dieser Aufruf fand international Beachtung, brachte ihm aber auch einen Strafbefehl des Amtsgerichts Heilbronn ein.

Die Anklage lautete:

*Der Genannte wird angeklagt, er habe einen Schriften gleichstehenden Datenspeicher verbreitet, auf dem zum Hass gegen eine religiöse Gruppe aufstachelt, zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen sie aufgefordert und ihre Menschenwürde dadurch angegriffen wird, dass sie beschimpft,*

*böswillig verächtlich gemacht und verleumdet wird... In seinem als öffentlicher "Appell an alle freiheitsliebenden Bürger Deutschlands" deklarierten Artikel diffamiert und dämonisiert er den Islam pauschal als "menschenfeindlichen Faschismus" und verunglimpft ihn als den "schlimmstmöglichen Feind für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit"...*

*Er unterstellt den "Millionen entgegen dem Willen des deutschen Volkes hier hereingeschafften Menschen", dass diese "unsere kulturellen und zivilisatorischen Errungenschaften verachten und unsere europäische Kultur abschaffen wollen zugunsten des barabrischen Systems Islam". Muslime in Deutschland und dem übrigen Europa würden "seit Jahren beharrlich und mit immer größerem Erfolg an der Übernahme unseres Kontinents arbeiten."*

Der Kläger war ein Imam in Düsseldorf, dessen Anzeige das Amtsgericht nahezu wortwörtlich übernahm und zur eigenen Begründung des Strafbefehls machte.

Obwohl das Verfahren gegen Mannheimer nie eröffnet wurde, bezeichneten einige Medien (ZDF, Kölner Stadtanzeiger u.a.) Mannheimer als „wegen Volksverhetzung verurteilten Rechtsextremisten“. Gegen jene ging Mannheimer gerichtlich vor und gewann die Prozesse („falsche Tatsachenbehauptung“).

Auch der Presserat der Schweiz – von Linken massiv unterwandert – mahnte (unter Bezug auf die Anklage gegen Mannheimer wegen Volksverhetzung) die „Basler Zeitung“ wegen eines Artikels ab, in dem sie Mannheimer mehrfach zum Thema Christenverfolgung durch den Islam zitierte. Diese Presserats-Rüge ging durch sämtliche Medien der Schweiz.

Mit Beschluss vom 25. August 2014 stellte das Amtsgericht Heilbronn nun das Verfahren wegen Volksverhetzung gegen Mannheimer ein.



## Wieviele Staat steckt im NSU-Terror?



Vermutlich wäre es ergiebig, die Nachrichtenspitzen über den sogenannten „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) einmal auf einer Medienkurve abzubilden. Man könnte die Berichterstattung über diese rechtsradikale Terrorzelle vermutlich als großes Ablenkungsmanöver beschreiben: Immer dann, wenn es anderswo brennt, tauchen plötzlich langweilige Privatfotos aus dem „Leben im Untergrund“ auf, so wie jüngst wieder: Beate Zschäpe kauft Pizza, Uwe Mundlos repariert ein Fahrrad usf. Wovon soll abgelenkt werden? Und: Wem dient die gruselige Berichterstattung über eine nationalsozialistische Terrorgruppe?

Vor einem Jahr kündigte der Verlag Antaios den Titel „Das NSU-Phantom“ an. Nun erscheint dieses Buch, jedoch nicht bei Antaios. Auf seiner Internet-Seite teilt der Verlag mit, daß ihm der Boden in Deutschland zu heiß gewesen sei für die

Veröffentlichung eines solchen Buches: So viel Recherche und Enthüllung in und aus schwer zu beschaffendem Material, aus Verschlußsachen und behördlichen Dokumenten – wer weiß, ob nicht am Ende ein ruinöser Rechtsstreit auszufechten gewesen wäre.

Nun hat also der Ares-Verlag aus Graz übernommen, das Manuskript aufgearbeitet und die schwierige Quellenlage geprüft. „Das NSU-Phantom. Staatliche Verstrickungen in eine Mordserie“ heißt das Buch. Antaios-Verleger Götz Kubitschek, der das Manuskript nach gründlicher Prüfung weiterreichte, empfiehlt den Titel wärmstens! Worum geht es?

Über den „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) weiß man eigentlich nur, daß man nichts Konkretes weiß. Der Verfassungsschutz schredderte die womöglich entscheidenden Akten, eine undurchsichtige Antifa-Gruppe verkaufte ein „Bekenner-Video“ an ein Nachrichtenmagazin, eine Frau steht in München vor Gericht, weil sie ein Haus angezündet habe, um Beweise zu vernichten – nur um kurz darauf das „Bekenner-Video“ zu versenden. Die Frage, die sich zwischen all den toten Zeugen und Geheimdiensten aufdrängt, lautet: Gab es den NSU überhaupt? Und wie viel Staat steckt in dieser Terror-Gruppe? Kai Voss, Mitarbeiter einer mitteldeutschen Behörde, geht den Einlassungen der offiziellen Version auf den Grund. Nach der Lektüre, des Buches von Kai Voss wird man den Fall mit anderen Augen sehen.



Ebenfalls im Ares-Verlag ist vor einem Jahr bereits ein Buch von Helmut Roewer erschienen, das Einblicke in das NSU-Umfeld gewährte. „Als Verfassungsschutz-Chef im Osten Deutschlands“ ist Roewers Erfahrungsbericht aus seiner

Zeit in Thüringen – just jenes Bundesland und jene Zeitspanne, als sich der vermeintliche „NSU“ formierte.

### Bestellinformationen:

» Kai Voss: „Das NSU Phantom. Staatliche Verstrickungen in eine Mordserie“ (19,90 €)

» Helmut Roewer: „Als Verfassungsschutz-Chef im Osten Deutschlands“ (24,90 €)



## Rüsselsheim: Katholiken beten mit türkischen Faschisten



Im Rahmen der „Interkulturellen Wochen“ wird für den 21. September im hessischen Rüsselsheim ein „Interreligiöses Friedensgebet“ angekündigt. Zu den Veranstaltern gehört neben den christlichen Dekanaten und einigen muslimischen Vereinen erneut die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs“ (IGMG).

Gerhard Trunk, katholischer Dekanatsreferent und Organisator des „Friedensgebetes“, verteidigt die Beteiligung der verfassungsfeindlichen und antisemitischen Organisation vehement: „Jesus Christus würde auch niemanden ausschließen.“

*(Von Verena B., Bonn)*

Die Main-Spitze berichtet über das „Interreligiöse Friedensgebet“:

*Vor einigen Wochen hatte [...] auf Anfrage der „Main-Spitze“ der Organisator des „Friedensgebetes“, Gerhard Trunk, die Beteiligung von „Milli Görüs“ verteidigt. Gefragt, ob man auch mit deutschen Faschisten bete, hatte der katholische Dekanatsreferent bekannt, gegen diese selbst schon demonstriert zu haben, aber zugleich die Auffassung vertreten, Jesus Christus würde auch niemanden ausschließen. Der Groß-Gerauer Dekan, Pfarrer Norbert Kissel, erklärte nun, er stehe „100-prozentig“ hinter den Einlassungen Trunks.*

*„Pfarrer Tölg hatte 1991 das Friedensgebet mitbegründet. Es gewann einen festen Platz im kulturellen Leben Rüsselsheims.“ Von Anfang an sei „Milli Görüs“ mit im Boot gewesen. „Und das wurde in mehr als 20 Jahren niemals hinterfragt.“ Er stelle fest, dass man trotz der Vorwürfe gegen diese Vereinigung „insgesamt mit ihren Anhängern beten kann“. Es sei „erstmal sehr deutlich nachzuweisen, ob das wirklich Faschisten sind“. Kissel weiter: „Unser Begriff der Nächstenliebe reicht ja bis in die Feindesliebe hinein. Und ich sehe hier nicht einmal die Notwendigkeit, diesen Begriff anzuwenden.“ Überhaupt sehe er „im Moment keinen Grund“, eine weitere Beteiligung der Gruppierung in Frage zu stellen.*

### **Öffnung statt Fronten**

*Auch Rüsselsheims evangelischer Dekan, Kurt Hohmann, hält an der Zusammenarbeit mit „Milli Görüs“ fest. Man sei „verbunden durch den Umstand, für den Frieden zu beten“. Jeder tue das „in seinem eigenen Gottesbezug und teils in seiner eigenen*

Sprache“. In unterschiedlicher Stärke hätten sich im Laufe der vergangenen 23 Jahre Moschee-Gemeinden beteiligt. Gemeinsames Ziel sei es, für Frieden zu beten. „Auch aus islamischen Reihen gab es keinen Aufschrei angesichts der Beteiligung von ‚Milli Görüs‘.“

Ebenfalls gefragt, ob man auch mit deutschen Faschisten bete, ging Hohmann noch weiter als Trunk, der von einzelnen rechtsextremen Mitbetern gesprochen hatte, die er akzeptieren würde. Hohmann: „Wenn es eine deutsche Neonazi-Gruppe gäbe, die mit uns für Frieden beten wollte, hätte ich nichts dagegen, sie anzunehmen.“ Es gehe beim „Interreligiösen Friedensgebet“ um Kontakt, um Öffnung, nicht darum, Fronten zu errichten.

### **„Ordentliche Jugendarbeit“**

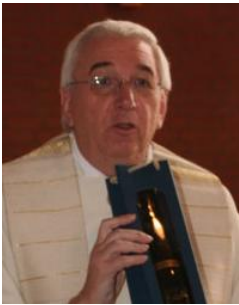
Vor etlichen Jahren habe die damalige Oberbürgermeisterin Otti Geschka (CDU) abgesagt, nach einigem Zögern dann aber doch an einem Fastenbrechen bei „Milli Görüs“ teilgenommen. Dekan Kurt Hohmann fügt an, die Organisation mache übrigens „eine ordentliche Jugendarbeit“. Und weiter: „Ich weiß, dass sie eine fundamentalistische Sichtweise haben und auch gewissen antizionistischen Überzeugungen anhängen.“ Aber „Milli Görüs“ sei hier bei dem Friedensgebet in eine Gemeinschaft eingebunden. „Wir sagen nichts zum Verhalten der Spitzen von Organisationen. Wir beten hier um Frieden. Was andere machen, werden auch sie letztlich vor ihrem Gott zu verantworten haben.“

Zu Beginn der Friedensgebete habe es ein vorsichtiges Herantasten unter den Teilnehmern gegeben. Inzwischen sei eine gute Gesprächsbasis gefunden. „Natürlich haben wir hier noch Aufgaben. Und wir können auch darüber sprechen, wie jemand dieses oder jenes Verhalten mit dem zusammenbringt, was wir beim Gebet von ihm erleben.“

In Rüsselsheim solidarisiert sich also die katholische Kirche

„integrativ“ mit den türkischen Faschisten. Die Korangläubigen lachen sich indes ins Fäustchen angesichts so viel Dummheit und Ignoranz. „Der Islam wird siegen! Der Islam wird in dein Haus kommen, ob du willst oder nicht!“, sagte bekanntlich der Wahabit Pierre Vogel. In Rüsselsheim ist er schon im Haus der ahnungslosen Ungläubigen und wird auch noch herzlich empfangen. Was will die Umma mehr?

Kontakt:



Katholisches Dekanat Rüsselsheim

Dekan Norbert Kissel

Im Kleinen Ramsee 21

65428 Rüsselsheim

Tel: 06142 / 64074

Fax: 06142 / 172953

E-Mail: [info@kath-dekanat-ruesselsheim.de](mailto:info@kath-dekanat-ruesselsheim.de)

---

**FAZ: Warum „Islamophobie“ in  
Europa nicht mit  
Antisemitismus gleichgesetzt  
werden kann**

[...] Vieles von dem, was dieser Tage als „Islamophobie“ durchgeht – ein Konversationskiller, der jede Art von



Islamkritik als „rassistisch“ bezeichnet – kann einfach nicht mit Antisemitismus gleichgesetzt werden, weder im Wesen noch im Ausmaß. Bedenken auszudrücken gegenüber den weitverbreiteten reaktionären Auffassungen in vielen muslimischen Gemeinden in Bezug auf Frauen, wie es der verstorbene niederländische Politiker Pim Fortyn getan hat, der übrigens wegen dieser Ketzerei umgebracht wurde, ist nicht rassistisch. Noch ist es vergleichbar mit dem Fanatismus, der Juden entgegengebracht wird. Früher und auch heute noch. *(Gastbeitrag von James Kirchick in der FAZ – hier weiterlesen)*

---

## GEZ-Fernsehen      verteufelt Zalando



Auf PI lesen Sie verhältnismäßig wenige Artikel über Fernsehsendungen und Filme. Dabei sind gerade diese Medien voll von Verdrehungen, Ungenauigkeiten, Verfälschungen, billiger Propaganda und haufenweise regelrechten Lügen. Das Problem in Sachen Fernsehkritik ist die Riesenarbeit, die man damit hat. Stundenlang müßte man die Szenen immer wieder anschauen, und bei genauer Arbeit schwillt der Text dann für zehn Minuten Video unendlich in die Länge, wie sie am folgenden Beispiel

sehen werden, das eine Ausnahmearbeit ist!

Kürzlich sendete Frontal 21 einen skandalös manipulierten Film über Zalando und die Samwer-Brüder. Frontal 21 hat Stürmer-Format. Das fängt schon bei den Stimmen der Sprecher an:

Der Blogger Thomas Knüwer hat sich die Mühe gemacht und den ZDF-Mist auseinandergenommen. Eine ziemlich Fleißarbeit, die wir hier gerne empfehlen. Und es wird jedem Leser nebenbei aufleuchten, warum solche arbeitsintensiven Analysen so selten sind!

---

## Pro NRW-Mahnwache bei Salafisten-Prozess



Die Bürgerbewegung PRO NRW hat für den 8. September vor dem Eingang des Oberlandesgerichts in Düsseldorf eine Kundgebung angemeldet. An diesem Tag beginnt der Prozeß gegen vier salafistische Terroristen, die im März 2013 ein – zum Glück – gescheitertes Bombenattentat auf den Pro NRW-Chef Markus Beisicht verübten.

PRO NRW schreibt zu der angemeldeten Kundgebung:





Schleswig-Holstein erhält nach gut 23 Jahren eine reformierte Landesverfassung. Über die Inhalte ist man sich ziemlich einig, bis auf einen Punkt: Die üblichen Verdächtigen wollen eine Verfassung ohne Gottesbezug, damit sich die zunehmende Menge Religionsloser auch darin repräsentiert fühlt.

Die SHZ berichtet:

*Sie wollen den Gottesbezug in der Landesverfassung verhindern: Sozialdemokraten, Grünen-Politiker, Wissenschaftler und Gewerkschafter sind für „Eine Verfassung für alle“. Das Papier wurde im Internet veröffentlicht. Darin heißt es: „Eine wachsende Zahl von Menschen in Schleswig-Holstein identifiziert sich mit keiner Religion. Ein Gottesbezug als Zusatz in der Präambel könnte vorgeben, dass die Verfassung einer religiösen Vorprägung unterläge.“*

*Zu den etwa 30 Unterzeichnern zählen unter anderem die Grünen-Landesvorsitzende Ruth Kastner, Lübecks Bürgermeister Bernd Saxe, mehrere Mitglieder des Landtags sowie politische Jugendorganisationen.*

*Im Juli starteten führende Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein eine Initiative zur Aufnahme eines Gottesbezugs in die Landesverfassung.*

*Die Begründung: Der Glaube vieler Schleswig-Holsteiner müsse sich auch in der Verfassung widerspiegeln. „In Verantwortung*

*vor Gott und den Menschen“ solle die Formulierung lauten. Dies beziehe jene Menschen ein, die sich den Werten ihres Glaubens verpflichtet fühlten und jene mit einer humanistischen Weltanschauung. „Die große Mehrheit der Menschen in diesem Land führt sich auf etwas Höheres zurück“, sagte (Ministerpräsident Thorsten) Albig (SPD) im Juli.*

*Die Gegner des Gottesbezugs sehen keine Notwendigkeit für einen religiösen Bezug in der Verfassung. „Die neue schleswig-holsteinische Verfassung muss die Vielfalt und Weltoffenheit Schleswig-Holsteins als Land zwischen den Meeren in Bewusstsein seiner eigenen Geschichte widerspiegeln.“ heißt es in der Initiative.*

Offenbar kennen die Feinde Gottes diese ihre Geschichte nicht, denn sonst wüssten sie, dass die Menschen seit Urzeiten eine Beziehung zu ihrem Gott hatten, völlig gleichgültig, ob sie ihn nun Thor oder Jesus Christus nennen.

*Die Forderung der Unterzeichner: „Wir wollen eine Verfassung, die sich auf eine breite und universelle Basis stützt und in der sich jede und jeder wiederfinden kann.“ Also auch diejenigen, die keinen Bezug zu Gott haben.*

In üblicher linksgrüner Manier sollen also wieder einmal Selbstverständlichkeiten einer Mehrheit für vermeintliche Empfindlichkeiten einer Minderheit geopfert werden, die gut und gerne über den Gott in der Verfassung hinweglesen kann.

*Über das Thema soll mit der Abstimmung über die neue Verfassung im Herbst entschieden werden. Ob der Gottesbezug in der Präambel verankert wird oder nicht, hängt von den Stimmen im Landtag ab. Notwendig ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit.*

*Die komplette CDU-Fraktion ist für einen Gottesbezug. Bei einer Probeabstimmung in der SPD-Fraktion sei jeweils etwa*

*die Hälfte dafür oder dagegen gewesen, sagte Fraktionspressesprecherin Petra Bräutigam am Donnerstag. Auch bei den Grünen, den Piraten und der FDP gibt es erhebliche Widerstände.*

Manch anderes Bundesland hat Gott längst durch Beliebighkeitsfloskeln ersetzt, die zum Teil mehr als merkwürdig an den Haaren herbeigezogen wirken, dazu gibt es hier einen Querschnitt.

Auf solche merkwürdige Ideen können eigentlich nur diejenigen kommen, die aus Prinzip etwas gegen bewährte Traditionen haben. Es wird mit einer funktionierenden gemeinsamen Ethik auch ohne Gott argumentiert. Frage ist nur, woher diese Ethik wohl abgeleitet wird und wie lange so etwas funktioniert. Die National-Sozialisten hatten auch so ihre selbstgestrickte eigene Ethik...

*(Spürnase: Seneca der Jüngere)*

---

## **Berlin: Roter S-Bahn-Anschlag für Asylbetrüger auf Hostel-Dach**

☒ Der Anschlag auf das Berliner S-Bahn-Netz, von dem am Donnerstag Tausende Berliner betroffen waren, war offenbar politisch motiviert. Auf der linksradikalen Website „Indymedia“ bekannte sich am Donnerstagabend eine „autonome Gruppe“ zu der Tat. Unter der Überschrift „Feuer und Flamme für Berlin!“ heißt es dort unter anderem, dass man den Anschlag gegen 4 Uhr morgens mit zwei Zeitzündern und Benzin

verübt habe. Hintergrund ist offenbar der anhaltende Flüchtlingsprotest.

„während ein paar meter entfernt vom S-bhf treptower park einige menschen auf dem dach eines hostels für nichts, als ihr recht zu bleiben – um zu leben – kämpfen, stehen hier dutzende von menschen tagtäglich lethargisch in reih und glied, um auf ihre S-bahn zur arbeit, in die schule oder zum einkaufen zu warten“, heißt es in dem Bekennerschreiben (dessen Orthografie wir hier beibehalten).

Mit dem Anschlag sollte „eine reiche gesellschaft für einen moment aus dem kapitalistischen alltag gerissen und zum pausieren gezwungen“ werden... (Zitiert nach Tagesspiegel! Aber linke Gewalttaten sind doch abgeschafft und müssen auch milde bis gar nicht bestraft werden? Oder?)



**Darf ein Lehrer NPD-Wahlplakate verbrennen?**





Wenn verbeamtete Lehrer sich in ihrer Freizeit politisch betätigen, hängen dienstrechtliche Konsequenzen leider nicht davon ab, ob sie sich hierbei strafbar machen. Vielmehr haben

Lehrer nur dann dienstrechtliche Konsequenzen zu befürchten, wenn sie sich (und sei es auch in rechtlich vollkommen legitimem Rahmen) islamkritisch äußern.

Zur Erinnerung: Der Dortmunder Gymnasiallehrer Dr. Daniel Krause war wegen islamkritischer Äußerungen ein Jahr lang suspendiert worden, was von Gerichten vorhersehbar gekippt wurde und dem Steuerzahler teuer zu stehen kam.

Nun hat Krause bei einem Aufenthalt in Sachsen NPD-Plakate heruntergerissen und sie öffentlichkeitswirksam verbrannt. Auf seiner Facebook-Seite brüstet er sich damit, in den letzten Tagen in Sachsen ein Wahlkampfplakat der NPD „runtergerissen“ und dann angezündet zu haben. Wörtlich schreibt er:

*„So, jetzt muss ich mal was loswerden. Eigentlich habe ich ja mehr Angst vor Islamisten als vor Nazis. Doch nun bin ich zwei Tage in Sachsen gewesen und habe gesehen, dass dort Landtagswahl ist. Widerlich: Die ganzen NPD-Stände und NPD-Plakate und NPD-Arschlöcher auf den Straßen sind wirklich unterster Abschaum! Ich habe ein NPD-Wahlplakat runtergerissen, kaputtgerissen und angezündet. Musste sein.“*

Dazu sind zwei Bilder zu sehen, auf denen er das Plakat tatsächlich zerreißt bzw. mit einem Feuerzeug in Flammen setzt (siehe Foto oben).



Es steht außer Frage, dass die NPD äußerst israelfeindlich ist und dass diese Partei daher auch in der PI-Gemeinde auf große Ablehnung stößt. Doch natürlich ist es eine Straftat, ein solches Plakat runterzureißen. In unserem politisch korrekten Staat hat man aber wegen einer solchen Tat nichts zu befürchten. Das weiß Krause sicher auch, er ist als Beamter ja Teil dieses Staates.

Andererseits hat das Land NRW die allseits bekannte Suspendierung von Krause einst damit begründet, dass er durch seine islamkritischen Äußerungen gegen das Neutralitätsgebot verstoßen habe, das er gerade als Politiklehrer zu beachten habe.

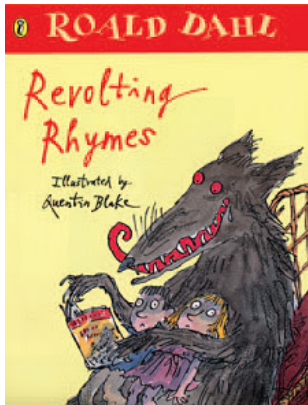
Was hier nun deutlich wird: Äußert man sich (legitim) islamkritisch, wird man suspendiert (auf Kosten des Steuerzahlers). Verbrennt man hingegen ein Plakat (was ja eindeutig verboten ist), passiert dienstrechtlich gar nichts.

#### Kontakt:

Bezirksregierung Arnsberg  
Seibertzstr. 1  
59821 Arnsberg  
Bürgertelefon: 02931-82-2666  
poststelle@bezreg-arnsberg.nrw.de

---

**Aldi verbannt Kinderbuch  
wegen „Schlampe“**



Alles beginnt mit dem Prinzen, der nach Aschenputtel sucht und von Haus zu Haus zieht, den Schuh in der Hand. Er lässt Aschenputtels Schwestern köpfen, weshalb das Mädchen ins Grübeln kommt über so viel Gewalt. Der Prinz jammert prompt. Und fragt: „Wer ist die Schlampe?“ Im Original geht die gereimte Fassung so: „Who’s this dirty slut? Off with her nut! Off with her nut!“ Die Stelle ist aus Roald Dahls Kinderbuch „Revolting Rhymes“ von 1982, das Grimms Märchen in Gedichtform neu erzählt.

Die Supermarktkette Aldi hat in Australien das Buch nun aus den Regalen geräumt. Es habe Beschwerden wegen des Wortes „slut“ gegeben... *(Wegen der Köpferei im Buch gab es übrigens keine Beschwerde!)*

---

## **Bochum: Bereicherer verletzen 67-jährige Frau**

Der Nachwuchs für unsere zukünftigen Spitzenkräfte hat sich in Bochum-Wattenscheid mal wieder in seiner Königsdisziplin bewährt. Nämlich der Welt zu zeigen, dass er vor nichts und niemand Respekt hat, auch nicht vor gebrechlichen Menschen. Erst jetzt wurde bekannt, dass drei südländische Jugendliche am 12. August eine 67-jährige Frau durch ein Gerangel zu Boden brachten und die Dame dabei so schwer verletzten, dass sie

nach wie vor im Krankenhaus liegt. Die Jugendlichen aber flohen unter Gelächter nach ihrer Heldentat.

Die WAZ berichtet:

*Die 67-Jährige war in Begleitung ihrer Tochter zu Fuß in Wattenscheid unterwegs, als sie vier unbekannte Kinder/Jugendliche im geschätzten Alter von zehn bis 14 Jahren an der Bushaltestelle „Freiheitstraße“ bemerkten. Die kleine Gruppe stand auf dem Gehweg und raufte sich.*

*So ging die 67-Jährige rechts an der Gruppe vorbei, ihre Tochter links. Plötzlich wurde die Frau angerempelt, stieß rechts gegen einen Zaun und fiel zu Boden. Die unbekanntes Minderjährigen lachten und flüchteten Richtung Innenstadt. Die Tochter half ihrer Mutter auf die Beine, denn sie klagte über starke Schmerzen im Hüft-, Bein- und Rückenbereich. Mit einem Rettungswagen wurde sie in ein Krankenhaus gebracht. Dort befindet sie sich auch zum jetzigen Zeitpunkt noch, denn sie wurde schwer verletzt.*

Die Tatsache, dass dieser Vorfall erst jetzt bekannt wurde, nachdem die 67-Jährige immer noch im Krankenhaus liegt, lässt darauf schließen, dass man hier mal wieder eine Bereicherungstat unter den Teppich kehren wollte. Leider hat das aufgrund der schweren Verletzungen des Opfers nicht geklappt. Erst jetzt sucht die Polizei nach Zeugen der Tat.

Der Vorfall ereignete sich am 12. August um 12.15 Uhr an der Friedrich-Ebert-Straße 7.

Die flüchtigen Südländer werden so beschrieben: 1. Person: männlich, augenscheinlich der Älteste, circa 14 Jahre alt, etwa 180 cm groß, trug ein türkisfarbenes T-Shirt. 2. Person: männlich, hellgrünes T-Shirt. 3. Person: weißes T-Shirt. Zu der vierten Person konnten keine Angaben gemacht werden. Alle sollen südländischer Herkunft gewesen sein.

Unter der Rufnummer 0234/909-8405 (-3221 außerhalb der Bürozeit) wird um Hinweise gebeten.

---



## TV-Tipp: Illner – „Deutsche Waffen gegen IS?“



Nach Beckmann,

Plasberg und Maischberger gehts heute Abend auch bei TV-Talkerin Maybrit Illner (22.15 Uhr, ZDF) um das Thema „Islamischer Staat“. Genauer gesagt um die Frage: „Deutsche Waffen gegen Gotteskrieger – Mutig, feige oder falsch?“ Wobei natürlich schon die Bezeichnung Gotteskrieger falsch ist, denn es sind Allahkrieger. Wer sich die Diskussion antun möchte, muss ganz tapfer sein: Unter den Gästen sind auch Jürgen Trittin (Grüne) und Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU). Im Anschluss ab 23.15 Uhr gibt es einen Chat zur Sendung. JETZT mit Video!

[Ausschnitt \(2 min\): Von der Leyen will mehr Flüchtlinge aufnehmen](#)

[Komplette Sendung:](#)